

ALLGEMEINES

Start eines sozialpädagogischen Blogs rund um Corona. Auf Initiative der Kommission Sozialpädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE) ging vor Kurzem der Blog SOZ PÄD CORONA an den Start. Ziel des Blogs ist es, zu vielfältigen Fragen, die sich angesichts der Corona-Pandemie stellen, Überlegungen zu veröffentlichen und mögliche Gestaltungen und Positionierungen der Sozialen Arbeit zu diskutieren. Im Einzelnen geht es beispielsweise um Nähe in sozialer Distanz, um die verstärkt sichtbar werdenden Ressourcen- und Anerkennungsmängel in der Sozialen Arbeit oder um die Zusammenhänge zwischen der Care-Arbeit und der Corona-Situation. Zu dem Blog geht es unter <https://sozpaed-corona.de>. *Quelle: Nachricht von Dr. Mischa Engelbracht (Universität Erfurt) an das Netzwerk „Junge Wissenschaft Soziale Arbeit“ vom 4.7.2020*

Appell zur Sicherung der Bildungsteilhabe geflüchteter Schüler*innen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung machen die Landesflüchtlingsräte, der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., PRO ASYL und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft darauf aufmerksam, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche von den Corona-Beschränkungen besonders hart getroffen werden. Sie warnten davor, dass sich die ohnehin starke Bildungsungerechtigkeit durch die Pandemie noch verschärfe. In den Sammelunterkünften fehlten verlässliche Unterstützungsstrukturen. Insbesondere mangle es an wesentlichen Grundvoraussetzungen für eine Teilnahme am virtuellen Fernunterricht wie etwa einem WLAN-Zugang, Computern und Druckern. Außerdem erschwerten die beengten Wohnverhältnisse das Lernen. Ehrenamtliche Unterstützungsangebote, wie zum Beispiel zur Hausaufgabenhilfe, seien stark eingeschränkt worden. Empfohlen wird, eine adäquate technische Ausstattung zur Verfügung zu stellen und zusätzliche, außerschulische Förder- und Lernangebote zu etablieren. Die Pressemitteilung kann unter https://www.frnw.de/fileadmin/frnw/media/downloads/Pressemitteilungen/20200710_Gemeinsame_PM_Jetzt_Bildungsteilhabe_von_Gefluechteten_sichern.pdf abgerufen werden. *Quelle: Mitteilung des Flüchtlingsrats NRW e.V. vom 10.7.2020*

Studie zur Bedrohung der Zivilgesellschaft von rechts. In einer Studie mit dem Titel „Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts. Interventionsversuche und Reaktionsmuster“ untersuchte die Otto Brenner Stiftung auf der Grundlage von detaillierten Dokumentenanalysen und 40 Expert*inneninterviews die Bedrohung der Zivilgesellschaft durch rechte Aktivitäten. Dabei zeigte sich am Beispiel von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und dem organisierten Sport- und Kulturbereich, dass Aggressionen von rechts in sämtlichen Bereichen der Zivilgesellschaft zunehmen, jedoch bisher nur in

wenigen Fällen systematisch angelegt sind. Die zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf die rechtsgerichteten Interventionsversuche reichten vom Ignorieren über das Auseinandersetzen bis zum Abgrenzen und zu einer aktiven Ausgrenzung rechter Akteur*innen. Abzusehen sei, dass diese die gegenwärtige Corona-Pandemie instrumentalisierten, um eine neue Welle von Aufmerksamkeit zu gewinnen. Die Studie kann im Internet unter <https://www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/titel/bedraengte-zivilgesellschaft-von-rechts/aktion/show/> abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der Otto Brenner Stiftung vom 8.6.2020*

SOZIALES

Aufforderung zu einer gleichberechtigten Teilhabe für junge Menschen. In einer Stellungnahme mit dem Titel „Junge Erwachsene – soziale Teilhabe ermöglichen“ fordert das Bundesjugendkuratorium die Jugendpolitik dazu auf, jungen Erwachsenen eine gleichberechtigte soziale Teilhabe zu ermöglichen. Nicht zuletzt angesichts der Corona-Situation werde deutlich, dass die junge Generation bisher politisch nicht ausreichend beachtet werde und dass deren häufig prekäre Arbeitsbedingungen, die mangelnde soziale Absicherung und die unzureichenden digitalen Beratungsangebote jugendpolitische Risiken bergen. Auch in anderen europäischen Ländern lasse sich beobachten, dass das Jugendalter eine Lebensspanne sei, in der soziale Ungleichheiten einen großen Einfluss auf den weiteren Lebensweg ausübten, wenn staatliche Unterstützung zu früh ende. Das Bundesjugendkuratorium empfiehlt, eine eigene Enquetekommission „Junge Erwachsene“ zu etablieren, die einen politikfeldübergreifenden Entwurf für eine Jugendpolitik des jungen Erwachsenenalters erarbeiten solle. *Quelle: www.bundesjugendkuratorium.de*

8. Nationaler Bildungsbericht dokumentiert Relevanz der sozialen Herkunft für den Bildungsweg. Das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIbBi) hat unter anderem in Kooperation mit dem Leibniz Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation (DIPF) und dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) den 8. Nationalen Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2020“ erstellt. Auf der Basis etwa von längsschnittlichen Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) konnten Erkenntnisse insbesondere zu Verläufen, Risikofaktoren und Gelingensbedingungen von Bildung gewonnen werden. Ein zentrales Ergebnis sei, dass die soziale Herkunft noch immer bestimmend für den Schulverlauf ist. So schlugen statushohe Schüler*innen mit 79 % fast dreimal so häufig die Gymnasialaufbahn ein wie Gleichaltrige mit niedrigem Sozialstatus. Bemerkenswert sei aber auch, dass 16 beziehungsweise 13 % der Jugendlichen mit niedrigem und mittlerem Sozialstatus während oder nach der Sekundarschule noch in einen höher qualifizierenden Bildungsgang wechselten. Weitere Ergebnisse zeigen

eine hohe Relevanz der mathematischen Kompetenzen für den schulischen Erfolg oder Defizite in den IT-Kompetenzen zum Studienbeginn. Erkennen ließ sich auch ein steigender Bildungsstand von Kindern im Vergleich zu ihren Eltern. Der 361 Seiten starke Bildungsbericht kann unter https://www.bildungsbericht.de/static_pdfs/bildungsbericht-2020.pdf abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung des IIfBi vom 23.6.2020*

GESUNDHEIT

Systemische Therapie wird von den Krankenkassen anerkannt. Seit dem 1. Juli dieses Jahres werden die Kosten für eine Systemische Therapie bei Erwachsenen von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen, wenn diese zur Behandlung einer psychischen Erkrankung notwendig ist. Dazu wurden bereits vor einigen Monaten die rechtlichen Grundlagen angepasst. Besonders an der Systemischen Therapie ist die Betonung der sozialen Faktoren – so werden häufig auch die Partner*innen der Klient*innen oder ganze Familien miteinbezogen, wofür eigens das Mehrpersonensetting als neues Setting in die psychotherapeutische Versorgung eingeführt wurde. Für eine kassenärztliche Zulassung der Systemischen Therapie für Kinder und Jugendliche ist jedoch ein weiteres Bewertungsverfahren durch den Gemeinsamen Bundesausschuss G-BA erforderlich. *Quelle: Gemeinsame Presseinformation der Systemischen Gesellschaft (SG) und der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e.V. (DGSTF) vom 1.7.2020*

Neue Informationen zum Suchtmittelkonsum junger Menschen. Auf Grundlage der Repräsentativbefragung „Die Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland 2019“ präsentierten die Drogenbeauftragte der Bundesregierung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 1. Juli dieses Jahres neue Studienergebnisse zum Rauchverhalten, zum Alkoholkonsum sowie zum Konsum illegaler Substanzen bei 12- bis 25-Jährigen in Deutschland. Der Anteil der Jugendlichen, die rauchen, sei bei den 12- bis 17-Jährigen auf 5,6 % und bei den 18- bis 25-Jährigen auf 21,2 % zurückgegangen, was einem bisher nie erreichten Tiefstand seit Beginn der BZgA-Befragungsreihe im Jahr 1973 entspreche. Nach wie vor besorgniserregend sei jedoch der Konsum von Alkohol. Bei den 12- bis 17-jährigen Befragten tranken 9,5 % und bei den 18- bis 25-jährigen 32,9 % mindestens einmal wöchentlich Alkohol. Cannabis hätten 10,4 % der 12- bis 17-Jährigen und 46,4 % der 18- bis 25-Jährigen schon einmal ausprobiert. Bei anderen illegalen Suchtmitteln wie Ecstasy, Amphetaminen und Crystal Meth sei der Konsum weitaus niedriger. Die Drogenaffinitätsstudie ist unter https://www.bzga.de/fileadmin/user_upload/PDF/studien/Drogenaffinitaet_Jugendlicher_2019_Basisbericht.pdf zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Bundesdrogenbeauftragten und der BZgA vom 1.7.2020*

Die Präsenzveranstaltungen finden vorbehaltlich der zum Veranstaltungstermin geltenden Coronaregelungen statt.

9.-11.9.2020 online. Teilhabe in allen Lebensbereichen? Ein Blick zurück und nach vorn. 55. Jahrestagung der Sektion Sonderpädagogik. Information: Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften e.V., Warschauer Straße 36, 10243 Berlin, Tel.: 030/30 34 34 44, E-Mail: buero@dgfe.de

14.-25.9.2020 online. Gesellschaft unter Spannung. 40. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Information: Technische Universität Berlin, Institut für Soziologie, Fraunhofer Straße 33-36, 10587 Berlin, E-Mail: hubert.knoblauch@tu-berlin.de

16.9.2020 Olten (Schweiz). Case Management bei Menschen mit komplexen Krankheitsbildern – Gehirnerkrankungen & Gehirnverletzungen. 18. Schweizerischer Case Management Kongress. Information: Netzwerk Case Management Schweiz c/o Hochschule Luzern, Werfestr. 1, Postfach 2945, 6002 Luzern (Schweiz), Tel.: +041 367/48 57, E-Mail: info@netzwerk-cm.ch

21.-22.9.2020 online. Mit Onlineberatung durch die Krise – Worauf wir jetzt achten müssen. 13. Fachforum Onlineberatung. Information: Institut für E-Beratung, Technische Hochschule Nürnberg, Keßlerplatz 12, 90489 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80-25 80, E-Mail: info@e-beratungsinstitut.de

28.-29.9.2020 online. Smart Prevention – Prävention in der digitalen Welt. Jubiläumskongress: 25. Deutscher Präventionstag. Information: Deutscher Präventionstag gGmbH, Kurt-Schumacher-Straße 29, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/36 73 94-10, E-Mail: presse@praeventions-tag.de

5.-8.10.2020 online. Leipzig Summer School. Methodenkurse zur qualitativen empirischen Sozialforschung. Information: Universität Leipzig, Ritterstraße 26, 04109 Leipzig, Tel.: 0341/971 08, E-Mail: summerschool@uni-leipzig.de

5.-9.10.2020 Dornach (Schweiz). Bildung – jederzeit! Entwickeln, was in mir lebt und die Welt bewegt. Internationale Tagung für Heilpädagogik und Sozialtherapie. Information: Anthroposophic Council for Inclusive Social Development, Ruchi-Weg 9, 4143 Dornach (Schweiz), Tel.: +041 61/701 84 85, E-Mail: info@inclusivesocial.org

14.10.2020 Mannheim. 1. Fachtagung Soziale Arbeit mit und für alte Menschen des SeniorInnen-DBSH. Information: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/28 82 75 63-10, E-Mail: info@dbsh.de

JUGEND UND FAMILIE

AGJ positioniert sich zur Weiterentwicklung einer Eigenständigen Jugendpolitik. Mit dem im Juli dieses Jahres erschienenen Positionspapier „Jugend braucht mehr! Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken“ bezieht die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) Stellung zu aktuellen jugendpolitischen Belangen, wobei unter „Eigenständiger Jugendpolitik“ eine ressortübergreifende Politik verstanden wird, die sich an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren orientiert und diese selbst an den politischen Prozessen teilhaben lässt. Das Papier beschreibt die vielfältigen jugendpolitischen Anstrengungen, aktuelle Ziele und Handlungsfelder für eine Eigenständige Jugendpolitik und die dahingehende Rolle der Kinder- und Jugendhilfe. Auch die zu befürchtenden Folgen der gegenwärtigen COVID-19-Pandemie für die Teilhabe junger Menschen und die hieraus entstehenden Herausforderungen werden aufgezeigt. Nötig seien eine Verankerung wirksamer Partizipationsmöglichkeiten, eine Sicherung der Strukturen der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit sowie eine kohärente Politik, die gute Rahmenbedingungen für die Lebensphase der Jugend schaffe. Das 15-seitige Positionspapier findet sich unter https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2020/Jugend_braucht_mehr.pdf. *Quelle: Presseinformation der AGJ vom 8.7.2020*

Broschüre zum Aufwachsen mit rechter Gewalt. Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. legt mit der Neuerscheinung „Aufwachsen mit rechter Gewalt. Erfahrungen. Fakten. Widerstand!“ eine Sammlung von Geschichten zum Aufwachsen mit rechter Gewalt vor. Die Broschüre sammelt die Geschichten junger Menschen und zeigt, was das Aufwachsen mit alltäglicher rechter Gewalt für sie bedeutet. Die Neuerscheinung enthält zudem Definitionen wichtiger Begriffe sowie Fakten und Zahlen der Leipziger Autoritarismus-Studie aus dem Jahr 2018, in der die weite Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen in der Bundesrepublik dokumentiert wurde. Neben Hinweisen zu Ausstiegsprogrammen und zur Prävention finden sich auch Handlungsempfehlungen für die Positionierung von Politik und Zivilgesellschaft. Zum Download geht es unter <https://bit.ly/2VEIjLe>. *Quelle: Pressemitteilung des Landesjugendrings Niedersachsen vom 2.7.2020*

hältnis begründen können, gezielt finanziell unterstützen und sozial begleiten. Inzwischen sei rund 35 000 Betroffenen, die anderweitig kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt gehabt hätten, der Sprung in ein nach § 16i SGB II gefördertes Arbeitsverhältnis gelungen. Dennoch sollten Reichweite und Wirkung der Förderung noch weiter gestärkt werden. In einem unter www.deutscher-verein.de (Empfehlungen/Stellungnahmen) abrufbaren Positionspapier vom 17.6.2020 zeigt der Deutsche Verein fünf Handlungsansätze für einen erfolgreichen sozialen Arbeitsmarkt auf. Wichtig seien ein individuelles Coaching, eine Kombination der Regelförderung mit anderen Förderinstrumenten, eine kommunale Orientierung, eine Kooperation mit einem großen Spektrum an Arbeitgeber*innen und eine Beschreitung neuer, innovativer Wege für die Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 25.6.2020*

Studie zum Hartz-IV-Bezug beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben. Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht der Frage nach, in welchen Lebensphasen und für wie lange junge Menschen beim Übergang in das Erwerbsleben auf Arbeitslosengeld II (ALG II) angewiesen sind. Dazu hat das IAB die Entwicklung von knapp 10 000 Unter-21-Jährigen untersucht, die die Schule maximal mit einem Realschulabschluss beendeten und eine Berufsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch nahmen. Die Mehrheit der betrachteten Gruppe hatte im Beobachtungszeitraum von sechseinhalb Jahren kein ALG II bezogen, wohingegen 28 % der Untersuchten nach ihrem Schulabschluss mindestens einen Monat lang auf ALG II angewiesen waren. Das Risiko eines sich verstetigenden ALG-II-Bezugs im Jugendalter hänge nicht unbedingt von einem ALG-II-Bezug der Eltern ab, sondern insbesondere davon, ob es den Jugendlichen gelinge, einen Schulabschluss zu erreichen, der ihnen Zugangschancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eröffnet. Ein Kurzbericht zu der IAB-Studie kann im Internet unter <http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb1420.pdf> eingesehen werden. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 7.7.2020*

AUSBILDUNG UND BERUF

Zwischenbilanz der neuen Regelförderung „Teilhabe am Arbeitsmarkt“. Nach Auffassung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. hatte die im Jahr 2019 eingeführte Regelförderung „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ einen guten Start. Mit der neuen Förderung für einen sozialen Arbeitsmarkt können die Jobcenter Menschen, die kein reguläres Arbeitsver-